



Besetzter Bohrplatz im Wendland bei Gorleben: „Zu achtzig Prozent harmlose, ganz liebe Leute“

Gorleben: „Am Tag X wird der Platz geräumt“

Seit vier Wochen halten rund 300 Atomgegner, an Wochenenden verstärkt durch Tausende Demonstranten aus der ganzen Republik, einen Bohrplatz bei Gorleben be-

setzt. Sie haben die „Freie Republik Wendland“ ausgerufen, errichten Hütten und Kochstellen – und diskutieren in einem fort, was zu tun sei, wenn die Polizei kommt.

Den Beschluß verkündete ein „Untergrundamt“ in „3131 Gorleben-Solleben, Postfach 1004“. Er berechnete die Bürger einer gerade proklamierten „Freien Republik Wendland“, ein Flurstück inmitten der Gorlebener Tannen, „zum Zwecke der Verhinderung einer weiteren Tiefbohrung, die dort niedergebracht zu werden droht, als Aufenthaltsort zu nutzen“ und „dort die zu obigem Zwecke erforderlichen Bauten zu errichten“.

Das war Anfang Mai. Seither, vier Wochen nun schon, halten an die 300, an Sonn- und Feiertagen weit über tausend Demonstranten das sandige Areal am sogenannten Mastenweg zwischen Gorleben und Trebel im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg besetzt, wo durch Bohrungen erkundet werden soll, ob der Salzstock unter Tage für die Einlagerung atomaren Abfalls aus Kernkraftwerken geeignet ist.

„Zur Durchkreuzung der radioaktiven Zukunftspläne“, so „das Volk, im Auftrage: die Basis“, haben die Atomgegner sich freilich nicht nur auf den Waldboden gehockt wie Spaziergänger beim Wochenendausflug, sondern mit den „letzten Raffinessen alternativer Einfachbaukunst“, wie die Berliner „Tageszeitung“ („taz“) schrieb, die im-

mer dabei ist, wo aufgemuckt wird, sich regelrecht angesiedelt und mit Brettern und Ästen errichtet, was sie so Häuser nennen. Auf 101 Megahertz sendet schon ein „Radio Freies Wendland“ und ist zwanzig Kilometer weit zu empfangen.

Mit alledem verletzen sie, kein Zweifel, geschriebenes Recht und gute Ordnung. Doch der Staat, dem die Provokation zugefügt wird, läßt nicht gleich, wie sonst meist, Wasser werfen und die Knüppel tanzen, sondern verlautbart, daß es sich da „zu achtzig Prozent um harmlose, ganz liebe Leute“ handelt, „die gar nicht wissen, was Recht und Unrecht ist“, so eine Auskunft der niedersächsischen Landesregierung, und läßt sie gewähren, erst mal.

Ein „Amtlicher Hinweis“ der Behörden vor Ort hat die lieben Leute auf dem geplanten Bohrgelände auch aufgeklärt, daß ihr Treiben „eine Vielzahl dauernder eklatanter Rechtsverstöße darstellt“ und daß sie schon „das fahrlässige Herbeiführen einer Brandgefahr in Waldgebieten mit Strafe bedroht“ – Paragraph 310 a Strafgesetzbuch.

Das Baugesetz, die Bauordnung, das Feld- und Forstordnungsgesetz, das Waldgesetz, das Seuchengesetz und das Pressegesetz sind verletzt, sogar das Meldegesetz ist mißachtet worden – danach hätten sich die Demonstranten



„Paßausgabe“ im Wendland
„Lebenseinstellung positiv“

nach spätestens acht Tagen in der zuständigen Gemeinde Trebel anmelden müssen; was aber keiner getan hat.

Doch Egbert Möcklinghoff, niedersächsischer Innenminister im fernen Hannover, sieht sehr wohl, daß die Besetzer — nach deren eigenem Verständnis und wohl auch nach öffentlicher Meinung — vorerst als „kindliche, spielende Bürger“ erscheinen, „rechtschaffen, ärmlich, der Natur verbunden und gewaltlos“.

Neue Töne im Land? Zumindest eine neue Taktik: Mit ziemlicher Geduld sowie einer „Überzeugungsoffensive“ will Möcklinghoff bei den „utopischen Träumern auf 1004“ zunächst „das Rechtsbewußtsein ins Wanken

in Rechnung gestellt. Bislang ohne Erfolg: Über die Widersprüche gegen die Leistungsbescheide ist noch immer nicht entschieden.

Jedenfalls können sich die Platzbesetzer von Gorleben, überwiegend fahrendes Volk der „Atomkraft nein danke“-Gruppen, fürs nächste noch einen sonnigen Lenz auf den Flurstücken 30 und 31, Flur 3, Gemarkung Marleben, machen. Die Grundstücke waren von der „Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen“ (DWK) ursprünglich für den Bau eines riesenhaften Entsorgungszentrums mit einer Anlage zur Wiederaufarbeitung abgebrannter atomarer Brennelemente oben und einem Endlager

Wiederaufarbeitungsanlage soll das Endlager in den Salzstock, wenn er denn tauglich ist; zumindest ist für Gorleben ein Zwischenlager geplant, dem die Kommunen schon zugestimmt haben. Ernst Albrecht: „Die Bevölkerung soll durchaus ihren Vorteil von den Anlagen haben.“

Teile der Bevölkerung, im Kreis Lüchow-Dannenberg und anderswo; sehen die Vorteile nicht so recht. Schon als im September vergangenen Jahres „Gorleben 1003“, die erste PTB-Tiefbohrung, vorbereitet werden sollte, mußten mit den Bäumen auch Demonstranten zu Fall gebracht werden, die sich ins Geäst verstiegen hatten.

Nicht anders ging es zu, als im Januar Platz für die Tiefbohrung 1002 gemacht wurde: Mit dem Stück Wald, so der „Widerstand des Wendlands“ in einer Zeitungsanzeige, werde „ein weiteres Stück deutscher Demokratie... abgeholzt“.

Und auch die simplen hydrogeologischen Bohrungen blieben nicht unbehelligt. „In einer spontanen Aktion“, so das Lokalblatt in Lüchow, karrten Bauern mit Jauchewagen „40 000 Liter stinkende Gülle“ heran und versprühten sie über das Bohrgelände.

Es gab „vier Tage des Fastens“, zu denen eine Handvoll Einheimischer aufrief, um „nachzudenken über das, was uns Angst macht“, und es gab Frauen, die in Gorleben mit der „Anstiftung zum Gebärestreik“ protestierten: „Keine Zukunft ohne Kinder, keine Kinder ohne Zukunft.“

Da gründete sich eine „Bäuerliche Notgemeinschaft“ („Bauernland in Bauernhand“) und eine regionale „Atomkritische Ärzteguppe“. Die lokale „Bürgerinitiative Umweltschutz“ erklärte: „Gorleben ist immer noch der Schlüssel zum bundesdeutschen Atomprogramm“, und in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung“ vor Ort annoncierten Sympathisanten aus Köln und Regensburg, Tübingen, Freiburg und Berlin und versprachen mitzuhelfen, „Bohrleben zu verhindern“.

Nach der folgenlosen Aktion an der Tiefbohrstelle 1002 im Januar begannen die Aktivisten darüber nachzudenken, wie sie künftig wirkungsvoller vorgehen könnten. Da „haben wir“, ließ sich in der alternativen „Tageszeitung“ eine Rebecca vernehmen, „erst mal ganz vage gesagt: das nächstmal müssen wir nicht erst in der Nacht, bevor sie anfangen, auf dem Platz sein, sondern viel früher. Wir müssen viele sein, also auch mit den Auswärtigen zusammenarbeiten... Einige Gruppen aus den Städten begannen also schon im Februar mit der Vorbereitung“.

Am 3. Mai, einem Sonnabend, war es soweit. Zum „Kampftag der Wend“, dies nach einem slawischen Stamm, der in der Gegend einst hauste, versammelten sich in Trebel südlich von Gorleben an die 5000 Demon-



Grußbotschaft der Bohrplatz-Besetzer: Neue Töne im Land?

bringen“, daß sie legal im Walde weilen, und „die noch Einsichtsfähigen“ von denen trennen, „die Gewalt predigen“. Aber: „Wir werden natürlich einschreiten. Am Tag X wird der Platz geräumt, mit ausreichenden Kräften.“

Die Geduld des Ministers ist sicher auch von den Erfahrungen diktiert, die Niedersachsen bei der Räumung des Anti-Atom-Dorfs in der Nähe des geplanten und mittlerweile in Bau befindlichen Kernkraftwerks Grohnde an der Weser bei Hameln im August 1977 hatte machen müssen.

Den rund 200 Dorfbewohnern, die ohne lange Ankündigung polizeilich abgeräumt worden waren, hatte die Bezirksregierung Hannover hernach die „Kosten für Verpflegung der Beamten, Mehrarbeitsentschädigung, Betriebskosten, Reisekosten“ in Höhe von 212 000 Mark — rund 1060 Mark pro Kopf —

für Atom Müll darunter im Salzstock aufgekauft worden.

Nachdem Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht, weil er „keinen Bürgerkrieg im Land“ riskieren wollte, dem Projekt seine Zustimmung verweigert hatte, überließ die DWK das Gelände der „Physikalisch-technischen Bundesanstalt“ (PTB) in Braunschweig zu einem umfangreichen „Standorterkundungsprogramm“, mit dem im März begonnen wurde.

Durch hydrogeologische Aufschlußbohrungen (bis in 250 Meter Tiefe) und durch Tiefbohrungen (bis zu 2000 Meter), später auch durch Abteufen von zwei Schächten soll die PTB ergründen, ob der Salzstock von Gorleben für die Einlagerung radioaktiver Abfälle überhaupt geeignet ist.

Denn daran hat sich trotz Albrechts Nein nichts geändert: Auch ohne

In einem „Meditationshaus“ („Kommt zur Yin-Yang-Fahne“) wird Zen-Yoga und Akupressur getrieben, über den Platzlautsprecher tönt es: „Wer im Wald aufs Klo geht, bitte die Scheiße vergraben.“ Mal spielt das „Mobile Einsatzorchester Bochum“, mal die „Theatergruppe Maria Rotkohl“ aus Berlin, mal wird der Film „Die Herren machen es selbst, daß ihnen der arme Mann feyndt wird“ vorgeführt. Die örtliche „Elbe-Jeetzel-Zeitung“ schrieb: „Bei allen Unternehmen ist zu merken, daß hier Liebe zur Natur am Werk ist.“

Ärgerlich war bislang lediglich der niedersächsische CDU-Chef Wilfried Hasselmann wegen des Holzgestells von Kirche, das Göttinger Theologiestudenten („Initiative Kirche für Gorbelen — Beten statt Bohren“) auf 1004 errichteten. Als bei einem „Feldgottesdienst“ dort ein leibhaftiger evangelischer Pastor, Wolfgang Ritter aus dem benachbarten Prezelle, die Predigt hielt („Die Verkündung des Wortes Gottes auch in dieser schwierigen Situation ist der Versuch, den Ruf Gottes auch hier vernehmbar zu machen“), brauste der alte Synodale auf: „Von einem Pfarrer dieser Art bin ich nicht bereit, das Abendmahl zu nehmen.“

Doch nur einmal und dann nie wieder machten die Obodriten, wie der slawische Stammesbund hieß, in der Gegend wirklich von sich reden: Unter ihrem Fürsten Kruto erhoben sie sich gegen ei-

64

nen Christen namens Gottschalk, der sie missionieren wollte, und erschlugen ihn in Lenzen. Aber das war nicht 1004, sondern 1066, und nicht diesseits, sondern jenseits der Elbe — Lenzen, wenn auch von Gorleben mit bloßem Auge zu sehen, ist schon DDR, von wo Hilfe nicht zu erwarten ist.

Wie man sich selber helfen kann, was vor allem zu tun ist, wenn eines Tages dann doch die Polizei kommt, ist Dauerthema des Sprecherrats, einem „Modell von basisdemokratischer Entscheidungsfindung auf'm Platz“, wie eine Tafel am Eingang erklärt, in den die einzelnen Gruppen, zum Beispiel „Klein Berlin“, „Klatschmohn“ oder einfach nur „HH“, „rotierend“ einen Abgesandten delegieren.

„Grundkonsens“ in diesem Sprecherat war zunächst: „Es soll ausschließlich passiver Widerstand geleistet“ und auch „nichts geworfen und jede Verletzung von Personen vermieden werden... Auch das Schmeißen von Güllebeuteln wurde abgelehnt, da die Erfahrung zeigt: Ein stinkender Bulle ist auch ein gereizter Bulle“.

Statt dessen wollte man sich beim Nahen von Polizei „auf dem Dach des Freundschaftshauses und dem Dorfplatz zurückversammeln“, allenfalls „auf Türme klettern“ oder „durch Schieben und Drücken der Besatzungsmacht den Zugriff möglichst lange verwehren“.

Bald aber wurden „in revolutionärer Ungeduld“ auch andere Stimmen laut, und es wurde ein Transparent hochge-



Anschlag der Bohrplatz-Besetzer
Ausschließlich passiver Widerstand?

zogen: „Scheißt auf den Sprecherrat, wir sind selber stark genug.“ Schon traf sich eine Gruppe, Barrikaden im Wald zu bauen, und in einem „taz“-Bericht las sich: „Der Widerstand auf 1004 läuft Gefahr, einzig von den Gewaltfreien propagiertes und staatlich anerkanntes Widerstandsmodell zu werden.“

Eine „Anti-AKW-Gruppe Neukölln“ fand es entsprechend „wichtig, wenn die Gegenseite mit äußerst hartnäckigem Widerstand zu rechnen hat

und dadurch gezwungen ist, für die Räumung materiell und politisch den höchstmöglichen Preis zu bezahlen — einen Preis, der möglicherweise so hoch sein wird, daß sie sich lieber einen anderen Bohrplatz suchen“.

Auch eine Göttinger Initiative gegen Atomenergie fing nun an, über die „rechtzeitige Organisierung einer spektakulären, phantasievollen und möglichst effektiven Verteidigung des Platzes“ nachzudenken, und kam dabei auf die Idee der „Androhung einer Groß-Demonstration am Wochenende nach der Räumung, und zwar in Gorleben und mit dem Ziel, den Platz erneut zu besetzen“.

Die Diskussion, ob „auch Anna Anarchix und Terri Terrorix“, so ein Hamburger Beitrag, sich dem Konsens des Sprecherrats unterzuordnen haben, um sich am Ende „von den Invasoren an Armen und Beinen wegschleifen zu lassen“, oder ob denn doch Brachialgewalt — wie in Bremen? — geübt werden sollte, hat die von Innenminister Möcklinghoff in Hannover erhoffte Trennung der einen von den anderen allerdings noch nicht erbracht.

Noch ist wohl auch Zeit. Erst wenn die Bohrung auf 1002, wo die Arbeiten gerade vor vier Wochen begonnen haben, beendet ist, wird das Gerät für 1004 verfügbar sein, in drei Monaten ungefähr.

Und was das Gelände auf 1004 betrifft, so heißt es im niedersächsischen Innenministerium: „Erst wenn's gebraucht wird, wird's geräumt.“



Unterkunft, Bauarbeiten im Anti-Atom-Dorf: Noch drei Monate Zeit?

